Antrag

der Abg. Dr. Rainer Balzer und Alfred Bamberger u. a. AfD

Positionierung der Landesregierung zu Biowissenschaften und neuen Methoden der Gentechnik in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Entwicklung die Landesregierung durch die EU-Life-Science-Strategie für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg erhofft und welche Schwerpunkte hierbei gesehen werden;
2. welche Maßnahmen die Landesregierung plant, damit die Forschung in Baden-Württemberg von der Life-Science-Strategie maximal profitieren kann, ohne dass es weiterer Förderprogramme bedarf;
3. welche Barrieren die Landesregierung aktuell noch sieht (Drucksache 17/9445, Seite 4) und mit Hilfe welcher Lösungsvorschläge sie diese beheben möchte;
4. was die Landesregierung tun wird, damit der Marktzugang in Europa für BW-Start-ups erleichtert werden kann und wie die Landesregierung ihre Möglichkeit einschätzt, mit Hilfe von Vernetzung durch Plattformen o. Ä. die Probleme des beschränkten Marktzugangs für Start-ups aus Baden-Württemberg lösen zu können;
5. welche Erkenntnisse die Landesregierung über den hierfür notwendigen Verwaltungsaufwand hat unter Darlegung, welche Schritte/Prozesse vereinfacht oder gar abgeschafft werden können;
6. welche Schritte zur Entbürokratisierung im Hochschul- und Forschungsbereich und welche schnellere Zulassungsverfahren, um entscheidende Erleichterungen und optimale Rahmenbedingungen vor Ort zu schaffen, geplant sind;
7. ob die Landesregierung dem BUND zustimmt, der einen Bruch mit dem Vorsorgeprinzip sieht, da ohne verpflichtende Kennzeichnung gentechnisch veränderter Organismen die Wahlfreiheit von Landwirten und Verbrauchern untergraben werde;
8. wie die bestehenden Stärken des Landes – wie die Universitätsmedizin, der Innovationscampus Health and Life Science Alliance Heidelberg Mannheim oder das Forum Gesundheitsstandort BW – im Rahmen der Strategie weiter ausgebaut werden sollen,
9. welche landeseigenen Förderprogramme (z. B. Invest BW, Fraunhofer IGB-Außenstelle, Programme zur klimaneutralen Bioökonomie) auf die EU-Strategie bereits abgestimmt sind oder in Zukunft darauf abgestimmt werden;
10. wie Biowissenschaften künftig für die nachhaltige Bioökonomie in Baden-Württemberg eine Rolle spielen sollen, insbesondere in den Bereichen urbane und industrielle Bioraffinerien, Mikrobiome und Rohstoffrückgewinnung (z. B. Biomining);
11. wie sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte Forschung gleichermaßen berücksichtigt werden, um langfristige wissenschaftliche Durchbrüche und zeitnahe Innovationen zu ermöglichen;

12. wie die Position Baden-Württembergs bei der nationalen und europäischen Umsetzung der Life-Science-Strategie eingebracht wird, insbesondere im Hinblick auf regulatorische Rahmenbedingungen, den EU-Biotech-Act und den Ausbau von klinischen Studienzentren;
13. inwiefern Gentechnik in den relevanten Forschungsprojekten enthalten ist, wie die Landesregierung die Nutzung neuer Gentechniken bewertet und welche Haltung sie gegenüber Fragen von Deregulierung, Sicherheit, Kennzeichnung und gesellschaftlicher Akzeptanz einnimmt;
14. ob die Landesregierung beabsichtigt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerung vermehrt über Gefahren und Gefahren der Gentechnik aufzuklären;
15. mit welchen Partnern in Wirtschaft und Wissenschaft die Landesregierung eine vertiefte Zusammenarbeit plant, um die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs im Bereich der Biowissenschaften langfristig zu sichern.

1.10.2025

Dr. Balzer, Bamberger, Klos, Dr. Hellstern, Stein AfD

Begründung

Die Europäische Kommission hat mit der Mitteilung „Den Standort Europa wählen für Biowissenschaften – Eine Strategie, um Europa bis 2030 zum weltweit attraktivsten Standort für Biowissenschaften zu machen“ (COM[2025] 525) einen ambitionierten Fahrplan vorgelegt. Ziel ist die Stärkung von Forschung, Innovation und Bioökonomie, verbunden mit erheblichen Investitionen und der Einführung neuer regulatorischer Rahmenbedingungen.

Baden-Württemberg verfügt mit seinen starken Universitätsklinika, Forschungseinrichtungen, Biotech-Clustern und Förderprogrammen bereits über eine exzellente Ausgangsbasis. Gleichzeitig bestehen Herausforderungen durch internationale Konkurrenz, Translationshürden, regulatorische Unsicherheiten, den Umgang mit Gentechnik sowie gesellschaftliche Akzeptanzfragen.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass die Landesregierung die strategischen Chancen und Risiken für Baden-Württemberg bewertet und darlegt, wie das Land seine führende Position im Bereich der Biowissenschaften sichern und ausbauen kann, ohne die bisher bestehende Positionierung bezüglich Gentechnik zu verlassen. Zudem bestehen einige Nachfragen zu dem Berichtsbogen der Landesregierung gemäß Artikel 34a Landesverfassung i. V. m. §§ 2 und 3 des Gesetzes über die Beteiligung des Landtags von Baden-Württemberg in Angelegenheiten der Europäischen Union (EULG) Drucksache 17/9445.